

# Der Textil-Arbeiter

Vereinzelt seid Ihr Nichts.  
Vereinigt Alles!

Organ des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes

Erscheint jeden Freitag. — Bezugspreis das Vierteljahr 4,50 Mk., wozu noch das Postgeld oder bei Bezug durch die Post das Bestellgeld hinzukommt.

Schriftleitung und Geschäftsstelle:  
Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II  
Gesamtsprecher: Kurt Schmiedt, Str. 107a.

Anzeigen die dreispaltige Kleinzeile 2 Rll., Arbeitsmarkt 50 Pf., Anzeigen, Bezugs- und Verbandsgelder sind an Otto Sehm, Berlin O. 27, Magazinstr. 6/7 II, zu richten. Postfachkonto Berlin 1024.

## Die Betriebsräte in der Textilindustrie.

Die Blauener Generalversammlung hat bekanntlich beschlossen, mit der Erhebung der Forderung nach Errichtung von Betriebsräten der Arbeiter in den Fabriken gleichzeitig eine umfassende Bildungsarbeit in die Wege zu leiten. Die Durchführung des Beschlusses ist außerordentlich schwierig. Eine Aufgabe, die zu lösen eigentlich Aufgabe der Staatsgewalt wäre, kann nicht ohne weiteres durch die Berufsorganisation übernommen werden. Trotzdem wird der Vorstand nicht vor der Inangriffnahme der Durchführung des Blauener Beschlusses zurückschrecken. Fürs erste veröffentlichen wir heute einen aus von sehr geschätzter Seite zugegangenen Lehrplan. Er wird unseren Kollegen einigermaßen Einblick in die Materie gestatten.

Lehrplan für 1/2-1 jährigen Kursus für Betriebsratsmitglieder.

### Begründung der Kurse.

Wenn die Betriebsräte ihre Aufgaben erfüllen sollen, so müssen sie nicht nur eine spezielle Sachkenntnis des betreffenden Fabrikationszweiges besitzen, sondern sie müssen auch das ganze Unternehmen von einer höheren Warte aus betrachten können. Sie müssen nicht nur den einseitigen Wünschen des einzelnen Arbeiters und Angestellten gerecht werden wollen, sondern diese in Einklang zu bringen versuchen mit dem volkswirtschaftlichen Zweck des betreffenden Unternehmens. Dazu gehört eine entsprechende Bildung der Betriebsräte, welche zurzeit noch nicht vorhanden ist. Sie zu schaffen, ist der Zweck dieser Kurse.

### Allgemeines über die Kurse.

Es wird vorausgesetzt, daß man als Betriebsräte für textiltechnische Betriebe nur Arbeiter dieser Betriebe nimmt, so daß sie eine gewisse praktische Kenntnis der Dinge mitbringen.

Da es aber zu weit führen würde, für die Betriebsräte verschiedenartiger Textilbetriebe (z. B. Wollspinnerei, Baumwollspinnerei, Seidenweberei, Jutespinnerei, Flachspinnerei usw., Wollwebererei, Baumwollwebererei, Seidenwebererei usw., Appreturanstalten usw.) besonders zugeschnittene Kurse einzurichten, so muß der Lehrplan für sämtliche Gebiete umfassen. Hierbei müssen neben den Vorträgen Übungen (nach der Art der Seminare an den Universitäten) hergegeben, um eine tatsächliche Mitarbeit der Lernenden zu erreichen. In den kaufmännischen Fächern wird das am leichtesten durchzuführen sein. Die mehr oder weniger ausführliche Behandlung des Stoffes im einzelnen muß dem Ermessen des Lehrers vorbehalten bleiben.

Die Dauer der Kurse dürfte ein Jahr nicht übersteigen.

### Der Zukunftsstaat.

#### Die Zahl der dem Sozialstaat zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte.

Würden, ich sehe den hypothetischen Fall, im Jahre 1919 alle 17- bis 22-jährigen Jünglinge in den Staatsdienst zwecks Ableistung einer allgemeinen fünfjährigen Arbeitspflicht eingestellt, so hätte man folgendermaßen zu rechnen. Es gab am Termin der letzten „großen“ Volkszählung, am 1. Dezember 1910, im Deutschen Reich etwa 3 520 000 in den Jahren 1897 bis 1901 geborene Knaben, die am 1. Januar 1919 gerade das 17. Lebensjahr vollendet, das 22. noch nicht vollendet haben werden. Diese würden durch die natürlichen Todesfälle, die in dieser Altersklasse sehr gering sind, bis zum 1. Januar 1919 sich auf etwa rund 3 420 000 vermindert haben. Hinzu kommt für den Abzug der Abgang an Kriegstoten und arbeitsunfähigen Kriegsverletzten (Wollinvaliden). Wir wollen diesen Abzug auf 420 000 rechnen, was nicht zu niedrig gegriffen sein dürfte. Wir hätten also dann an dienstpflichtigen 17- bis 22-jährigen Jünglingen rund 3 Millionen. Dazu würde noch die Hälfte des Bestandes an 16- bis 17-jährigen hinzuzurechnen sein, dafür aber etwa 100 000 für verkürzte Dienstzeit (Akademiker, Wohlhabende) abzurechnen. Bis zum Jahre 1924 können fanggemäß keine im allgemeinen Arbeiterbeerb Dienstpflichtigen auscheiden (abgesehen von der kleinen Zahl Akademiker), wohl aber treten alljährlich über 700 000 neue Dienstpflichtige ein. Bei der Ableistung der Dienstpflicht während der ersten Zeit, den ersten 6 Jahren nach Einführung des sozialistischen Wirtschaftssystems, haben wir zwei Arten von Arbeit und damit von Dienstpflicht her zu unterscheiden: 1. die Arbeit zur Ueber-

um die Teilnehmer dem Betriebe nicht zu sehr zu entfremden. Es muß sich also der Kursus nur auf die Darlegung der Grundzüge der in Frage kommenden Disziplinen beschränken, und es muß den Teilnehmern klar gemacht werden, daß sie in dieser kurzen Zeit nur eine fürsorgliche Einführung erhalten, keineswegs aber eine vollständige technische und kaufmännische Ausbildung. Der Zweck der Kurse ist, daß der Teilnehmer die volkswirtschaftlichen Ursachen erkennt, welche zur Arbeitsteilung, zur Erfindung von Maschinen und zur Bildung von Fabriken geführt haben. Er soll die wohlthätigen, kulturbefördernden Folgen dieser Entwicklung fühlen, soll einerseits das Streben nach weiterer Vervollkommnung verstehen lernen und andererseits die technischen Möglichkeiten, die uns Menschen zu Gebote stehen, und die Hindernisse, die hierbei sich entgegenstellen. Also muß er über die physikalischen, mechanischen und chemischen Gesetze und Zusammenhänge orientiert sein und über die Bedürfnisse der Maschinen und die physischen und psychischen Bedürfnisse der menschlichen Arbeitskräfte (Arbeiter, Angestellten, Unternehmer). Erst dann kann er sich ein Bild von der Betriebsführung machen, wie sie sein soll, um allen Wünschen gleichmäßig gerecht zu werden. Erst dann werden die Betriebsräte im Stande sein, eine gerechte Kontrolle der Betriebe auszuüben.

### Als Kurse kommen in Betracht:

#### I. Kaufmännische Fächer:

1. Kaufmännisches Rechnen: Zins, Diskont, Komposition, Devisen, Bezugskalkulation.
2. Buchführung: Buchungen und Abschätze, Bilanz, Gesellschaftsbuchführung.
3. Handelslehre: Bank- und Wechselwesen (Wechsel, Scheck, Aktien, Reichsbank).
4. Handelsrecht: Handelsgesellschaften.
5. Gewerbeordnung, Reichsversicherungsordnung.

#### II. Volkswirtschaftliche Fächer:

1. Wert- und Preislehre (Zusammensetzung des Preises aus Arbeitslohn, Kapitalzins, Miete, Unternehmergewinn; Preisbildung nach Produktionskosten und nach Angebot und Nachfrage).
2. Die Stellung der Textilindustrie in der deutschen Volkswirtschaft: Außenhandel, Einfuhr von Rohstoffen und Fertigfabrikaten, Einheimische Gewinnung von Rohstoffen. Bedarf an Textilergewerkschaften, Arbeiterfrage, Organisation der Textilindustrie, Stand der Textilindustrie im Ausland.
3. Staats- und Bürgerkunde, Behördenzuständigkeit (besonders Reichswirtschafts- und Reichsarbeitsministerium).

#### III. Naturwissenschaftliche Fächer:

1. Grundzüge der Physik und Mechanik.
2. Grundzüge der Chemie.

führung der gegenwärtigen individualistischen Wirtschaft in die sozialistische, die sich in großzügigen Rekonstruktionen, Neubauten, technischen Neugründungen betunden würde zum Zwecke der Schaffung von Musteranstalten behufs Erreichung der höchstmöglichen Produktivität der Arbeit, 2. die Arbeit für die Fortführung der Produktion. Für die letztere Arbeit, die nach durchgeführter Umstellung der Produktion allein in Betracht käme, rechne ich 5 bzw. 5 1/2 männliche und 4 bzw. 4 1/2 weibliche Dienstpflichtjahre, wohlgemerkt erst nach Vollendung der Umstellung vom Jahre 1924 ab. Es ständen im Jahre 1924 dem Deutschen Reich rund 3 1/2 Millionen Jünglinge im Alter von 17 bis 22 Jahren zur Verfügung und

700 000 = 3 500 000 im Alter von 16 bis 17 Jahren, abzüglich der Abzüge für akademische Ausbildung usw. etwa rund 3 1/2 Millionen männliche Arbeitskräfte und etwa rund 3 Millionen weibliche Arbeitskräfte (von 15 1/2 bis 20 Jahren). Für die Ueberführung in die sozialistische Volkswirtschaft, den volkswirtschaftlichen Neu- und Umbau stünden aber in den Jahren 1919 bis 1924 eine sehr erhebliche Anzahl von Arbeitskräften zur Verfügung, wenn man von dem Gedanken ausgeht, daß niemand das Recht hat, vom Staate die hier in Aussicht genommene, für den notwendigsten Lebensbedarf, die Lebensnotdurft erforderliche Leibrente zu fordern, der nicht dem Staate ein gewisses Entgelt geboten, eine gewisse Arbeitspflicht abgeleitet hat. Es ist klar, daß die zur Erlangung der Leibrente notwendige Arbeitspflicht nicht für alle Lebensalter die gleiche sein kann, weil ja doch mit zunehmendem Alter die erwartungsmäßige Restlebensdauer mittlere Lebensdauer und damit der Betrag der aufzuwendenden bzw. zu beziehenden Leibrente abnimmt. Wenn wir also fürs erste für die 17- bis 22-jährigen zur Erlangung der Leibrente eine fünfjährige allgemeine Arbeits- bzw. Dienstpflicht festlegen, so würde für die älteren Männer vom 22. Lebensjahr ab eine Verkürzung

### 2. Entwicklungsgeschichte der Menschheit (Erdgeschichte des Lebens, ihre Folgen für den einzelnen und die Menschheit).

#### IV. Technische Fächer:

1. Allgemeine Maschinenlehre, umfassend die Lehre von den Kräften und Widerständen und ihre Ueberwindung durch Maschinen (Ausnutzung menschlicher und tierischer Kräfte), Kraftmaschinen (Ausnutzung von Wasser und Dampf), Elektrotechnisches. Lehre vom Wirkungsgrad.
2. Grundzüge der Textiltechnik und spezielle Maschinenlehre.
  - a) Rohmaterialien. Die verschiedenen Sorten der Faserstoffe (ausländische, heimische). Ihre Gewinnung (Kultur- und Bearbeitungsarten). Ihre mechanischen Eigenschaften. Ihre Bedeutung für die Web- und für Webstuhlmaschinen. Apparate zur Prüfung der Rohstoffe.
  - b) Verarbeitung der Rohstoffe durch den Spinnprozeß. Begriff des Spinnens. Beschaffenheit der Spinnstoffe (Handspinnel, Ringspinnmaschinen, Selbstaktor, Flyer, Mangel- und Leder-Spinnmaschinen). Zweck der verschiedenen Prozesse, wie: Bespannung, Bespinnung und Doublieren, Räumen, Drehen, Antordnen des Spinnstoffes bezüglich ihrer Ausrichtung an das Spinnmaterial, bezüglich der Größe des durch sie erzeugten Garnes und bezüglich ihrer Leistungsfähigkeit usw. Apparate zur Prüfung der Spinnstoffe.
  - c) Verarbeitung der gesponnenen Garne durch Weben, Wirken, Stricken usw. Die verschiedenen Möglichkeiten der Färbeführung und Garn- (Weben, Wirken, Stricken, Häkeln). Die dazu notwendigen Maschinen. Ihre Entwicklungsgeschichte und Bedeutung für die Güte und den Preis des Garns. Apparate zur Prüfung der Garne usw.
  - d) Bereitung der unter c) hergestellten Ware. Zweck der Bereitung. Die verschiedenen Arten der Bereitung (Färben, Bleichen, Verzierung, Weichmachen usw.). Der Einfluß der Bereitung auf die Haltbarkeit der Ware und auf den Preis derselben usw.
  - e) Grundzüge einer wissenschaftlichen Betriebsführung. Die zur Beschaffung des notwendigen maschinellen und menschlichen Stoffes und Weges. Die speziellen Eigenschaften, welche für die Führung der einzelnen Arbeitsvorgänge an Maschinen und Maschinen gestellt werden. Zur Ergänzung hierzu die verschiedenen Verfahren. Die Kontrolle des Betriebes durch bauernde Gegenüberstellung der theoretischen und praktischen Wirkungsgrade. Die verschiedenen Betriebsverfahren und Rechenmethoden usw.

der Dienstpflicht um je 1 1/2 Monate für ein jedes Lebensjahr mehr Platz greifen, so daß also der 20-jährige nach einer Dienstpflicht von 54 Monaten = 4 1/2 Jahren, der 25-jährige eine solche von 48 Monaten = 4 Jahren, der 30-jährige von bloß 18 Monaten, der 60-jährige von bloß 3 Monaten abzulassen hätte.

Welcher Gesamtbestand an männlichen und weiblichen Arbeitskräften stünde unter einer solchen Dienstordnung dem Sozialstaat in den Uebergangsjahren 1919 bis 1924 zur Verfügung?

Für die männlichen Arbeitskräfte geschätzt ist die Rechnung folgendermaßen:

Die am 1. Januar 1919 (hypothetisch) in den Arbeitsdienst eingestellten 3 Millionen an männlichen 17- bis 22-jährigen Personen hätten bis zum 1. Januar 1924 rund 3 x 5 = 15 Millionen Dienst- beziehungsweise Arbeitsjahre. Die jährlich neu hinzukommenden 17-jährigen männlichen Personen hätten bis zum 1. Januar 1924 geleistet im Durchschnitt 4 1/2, 3 1/2, 2 1/2, 1 1/2, 1/2 Dienstjahre, zusammen 19 1/2 x 100 000 = 3 750 000 Dienstjahre.

Die am 1. Januar 1919 über 22 bis unter 30 Jahre alten männlichen Personen, die alle in den Jahren 1899 bis 1903 geboren waren, zählen am 1. Dezember 1910 4 988 000, abzüglich der Sterbefälle würden sie am 1. Januar 1919 etwa 4 888 000 ausgemacht haben. Wir nehmen an, daß von diesen, die am längsten den Krieg mitgemacht haben, 800 000 durch Tod und volle Arbeitsunfähigkeit ausfielen. Die mittlere Dienstzeit der verbleibenden 4 Millionen zu rund 54 Monaten = 4 1/2 Jahren gerechnet, bekommen wir rund 18 Millionen Dienstjahre.

Für die am 1. Januar im vollendeten 30. bis 35. Lebensjahr lebenden männlichen Personen kommt in Betracht, daß sie 1894 bis 1898 geboren waren, am 1. Dezember 1910

**Inhalt.** Die Betriebsräte in der Textilindustrie. — Darf ih's Dirndl liab'n? — Nochmals die „Technische Nothilfe“. — Die Tarifbewegung der Stickerei- und Spinnereiarbeiter. — Ein deutsches Tarifgesetz. — In die Postamentiererei Deutschlands. — Aus den Gewerkschaften. — Aus der Textilindustrie. — Aus den Schlichtungsausschüssen. — Soziale Rundschau. — Politische Nachrichten. — Berichte aus Fachkreisen. — Literatur. — Belantrachtungen. — Unterhaltungsteil: Der Zukunftsstaat.

### Darf ih's Dirndl liab'n?

„Du bist jüngst verwich'n  
 Du san Bierra g'schlich'n:  
 „Darf ih's Dirndl liab'n?“ —  
 „Unterfeh dich mit, da meina Esel,  
 Bunkst as Dirndl Kabb, so kumst in 'n Gell!“

„Du bist voll Balonga  
 Du ba Muada gongat:  
 „Darf ih's Dirndl liab'n?“  
 „O mei liaba Schob, es is no g'ram,  
 Nach funfzehn Jahr'n erst, mein Kaba Bunk!“

„Boar in groß'n Röt'n,  
 Du bist so Barm be'n:  
 „Darf ih's Dirndl liab'n?“  
 „Dunners-Schlank!“ „Schreit er in sei'n Barm,  
 „Bistt mein Steden losen, kumst es ma!“

„Bistt sig engstonga,  
 Du san Herrgott gongat:  
 „Darf ih's Dirndl liab'n?“  
 „Si jo freillt,“ sagt er und hot g'locht,  
 „Bog'n an Bübel von ih's Dirndl g'macht!“

Peter Rejegger.

### Nochmals die „Technische Nothilfe“.

Das „Correspondenzblatt“ hat in Nr. 48 vom 25. Oktober endlich Stellung zur „Technischen Nothilfe“ genommen. Zu einer klaren, unabweislichen Stellungnahme konnte es sich jedoch nicht aufschwingen. Dafür aber bringt es in seinem Artikel Ausführungen und Rundgebungen der Funktionäre der S. P. D. in Berlin, in deren Sitzung der Vorsitzende Krüger, der zugleich Funktionär der Bureauangestellten ist, das leitende Referat hatte, vollständig aus dem „Vorwärts“ zum Abdruck. Die besagte Rundgebung stimmt der Errichtung der „Technischen Nothilfe“ vollkommen zu, Form und Verwendung der Rundgebung sieht recht nach bestellter Arbeit aus. Die eigene Meinung stellt man zurück, weil die Sache doch etwas zu brenzlich ist, und stellt dafür das andere Meinung in den Vordergrund.

Das „Correspondenzblatt“ sagt, daß die „Technische Nothilfe“ nicht aus Anlaß des Berliner Metallarbeiterstreiks mit seinen Sympathiebewegungen der Maschinen- und Geiger-, Elektriker usw. entstanden sei, sondern daß sie bereits vorher längere Zeit bestanden habe und eine Einrichtung der Garde-Kavallerie-Schützendivision sei.

Die Verwendung der „Technischen Nothilfe“ soll sich nach offiziellen Angaben darauf beschränken, lebenswichtige Betriebe in Notfällen und bei Betriebschwierigkeiten, welche aus den verschiedensten Ursachen, wie Aufruhr, Gefährdung der öffentlichen Sicherheit, Streiks usw. hervorgerufen sein können, durch Notstandsarbeiten aufrechtzuerhalten. Unter Notstandsarbeiten werden keinerlei produktive Arbeiten verstanden. Das Koalitions- und das Streikrecht der Arbeiter und Angestellten solle in keiner Weise angefaßt werden.

Das „Correspondenzblatt“ stützt sich hierbei lediglich auf die Angaben der Schöpfer der „Technischen Nothilfe“.

Es ist richtig, die Entstehungsgeschichte der „Technischen Nothilfe“ ist nicht auf den Berliner Metallarbeiterstreik zurückzuführen. Sie liegt weiter zurück.

Im Frühjahr dieses Jahres wurde seitens der Unternehmerpresse ein gesetzliches Streikverbot gefordert und diese Forderung wurde mit dem Terror, den eine Minderheit ausübte, begründet. Der „Vorwärts“ kam der Scharfmacherpresse entgegen. In einem Artikel betitelt „Grenzen des Streikrechts“ vom 16. April 1919 schrieb er u. a.:

„Denn diese Tatsache darf ja nicht übersehen werden, daß es sich im Gegensatz zu früheren Streiks nicht um einheitliche Massen- und Massenbewegungen handelt, sondern um Bewegungen kleiner und kleinster Minderheiten, deren Opposition durchaus nicht immer von jenem starken Idealismus getragen ist, der stets eine der stolze Begleiterscheinungen der Arbeiterbewegung war. Von der Verantwortung der Frage: handelt es sich bei dem zu unternehmenden Streik um eine Schwächung kapitalistischer Macht, die zur weiteren Hebung der nunmehr siegreichen Arbeiterklasse und damit schließlich zu einer Hebung der ganzen Menschheit führt, oder aber liegt hier nur

2 791 000 zählten, bis 1. Januar 1919 durch Ziviltodesfälle sich auf rund 2 700 000 vermindert haben dürften. Die Kriegertodes- und Invaliditätsfälle auf 500 000 gerechnet, bekommen wir als arbeitsfähigen Rest für den 1. Januar 1919 rund 2 200 000. Für diese beträgt die Dienstdauer  $3\frac{1}{2}$  Jahre, die gesamte Dienstzeit  $2\ 200\ 000 \times 3\frac{1}{2} = 7,7$  Millionen Dienstjahre.

Wenn wir in der gleichen Weise weiterrechnen, finden wir für die Alters- und Geburtsjahre am 1. Januar 1919:

Altersjahre	Geburtsjahre	Stand 1. Dez. 1910	Bestand 1. Jan. 1919	Kriegs-gefallene und Un-überlebende	Rest	Verhältnis	Zu-geho-ri-keit
1870-1879	1880-1889	2485	2800	400	1900	8	5700
41-45	1874-1878	2345	2180	200	1980	2 1/2	4960
46-50	1868-1873	1955	1780	100	1680	2	3820
51-55	1864-1868	1687	1490	—	1480	1 1/2	3220
56-60	1859-1863	1435	1200	—	1200	1	1200
					6250		17500

Wir haben also zusammen an männlichen Dienstjahren bis 1. Januar 1924 für die

1902 bis 1906 Geborenen	8 750	Laufende	
1901	15 000	„	
1900	18 000	„	
1898	7 700	„	
1893	17 890	„	
Zusammen		66 840	Laufende

Gegen die davon 6 Proz. für Akademiker und Rentner ab, so behalten wir rund 62,8 Millionen Dienstjahre für die allgemeine Arbeitspflicht.

eine im egoistischen, nicht im Klasseninteresse unternommene Bewegung vor, die zunächst das Proletariat und seinen Gesamtkampf, letzten Endes aber das gesamte Volk gefährdet? — Von der Verantwortung dieser Frage, die natürlich nur von Fall zu Fall unter Prüfung und Berücksichtigung jeweilig vorliegender Umstände erfolgen kann, hängt auch die Antwort über die Streikberechtigung ab.

Hier sind die Grenzen des Streikrechts. Mit der siegreichen Revolution sind die Klassenverhältnisse verschoben. Was ehemals berechtigte Forderung war, weil es das Wohl der Gesamt-Klasse zu heben geeignet war, das kann heute zum Verbrechen an der Klasse werden, weil es der siegreichen Klasse die Waffen aus der eigenen Hand schlägt.

Aus den oben angeführten Beispielen ergibt sich, daß auch die siegreiche Revolution der Arbeiterklasse durchaus nicht grundsätzlich das Streikrecht abschaffen will, nur muß sie sich jetzt mehr als je ihrer hohen geschichtlichen Verantwortlichkeit bewußt werden, muß sie bereit sein, auch persönliche Opfer zu bringen, wenn es die Lage erfordert, und über Augenblicks-stimmungen hinweg wird sie der Gedanke erheben, daß alles, was geschieht, durch sie und für sie geschieht.

Der „Vorwärts“ wurde, neben der Presse der Scharfmacher, zum Wegbereiter zu einem Gesetz, welches ein bestimmtes Streikverbot in sich schließt. Am 5. Juni 1919 wurde eine Gesetzesvorlage zur „Sicherung des Wirtschaftslebens“ bekannt. In derselben heißt es im § 1:

„Gesetz zur Sicherung des Wirtschaftslebens.  
 § 1. Um das Recht auf Arbeit gegen unzulässige Eingriffe zu sichern, soll die Einstellung der Arbeit im Wege des Streiks nur stattfinden, nachdem

- ein Schlichtungsverfahren vor dem zur Schlichtung von Arbeitsstreitigkeiten zuständigen Einigungsamt oder Schlichtungsausschuß durchgeführt ist, und demnach die Arbeitnehmer in einer von den Arbeiter- oder Angestelltenvereinigungen der betreffenden Betriebe herbeizuführenden geheimen Abstimmung mit einer Mehrheit von mindestens drei Vierteln ihrer Gesamtzahl sich für die Arbeitseinstellung erklärt haben.

Am 28. Juni erschien das Streikverbot für Eisenbahner, vom Oberbefehlshaber Moske erlassen, gegen welches der Rührberger Gewerkschaftsverband Einspruch erhob.

Ähnlich wie der „Vorwärts“ brühte sich auch der Reichs-längler Bauer in der Nationalversammlung am 7. Oktober aus. Er sagte: „... Das Streikrecht darf nicht angefaßt werden. Aber wir müssen es mit dem Gesetz der Pflicht gegenüber der Allgemeinheit in Einklang bringen.“

Zwischen ist ja nun auch der Oberst Reinhard im Auftrage Moskes nach seiner Art „zwischen die Streikenden gefahren“ und hat unter Anwendung von Gewalt den Streik der schlesischen Bergarbeiter „beendet“.

Die Bestrebungen, Streiks durch Eingreifen von Regierungsstellen zu unterbinden, reichen bis zum Frühjahr 1919 zurück; sie sind zurückzuführen auf die damaligen Streiks, die der Regierung unangenehm waren. Die Regierung wollte mit den Streikenden nicht verhandeln, weil dies angeblich als „Schwäche“ bezeichnet werden könnte. Es soll deshalb ein Ausweg gesucht werden, Streiks, die der Regierung unangenehm sind, die einen politischen Charakter tragen, im vornherein unmöglich zu machen. Unter Beachtung dieser Umstände ist die „Technische Nothilfe“ nicht zu dem Zweck, den ihr Name kündet, sondern um in Streiks einzugreifen, gegründet worden. Eine Verschleierung dieser Tatsache ist nicht mehr möglich, auch dann nicht, wenn die Generalkommission mit dem „Correspondenzblatt“ zusammen als Parteigänger der S. P. D. dieser traurigen Gründung und deren Ausdehnung willig und gehorsam Vorschub leistet.

Wenn gesagt wird, daß die Klassenverhältnisse sich seit der siegreichen Revolution verschoben hätten und so die Einschränkung des Streikrechts begründet sei, so steht diese Behauptung mit den tatsächlichen Verhältnissen in Widerspruch. Die wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiterschaft ist noch die gleiche wie vor der Revolution. Die politische Macht zur Umgestaltung der ökonomischen Verhältnisse liegt noch nicht bei dem Proletariat. Der wirtschaftliche und politische Streik muß deshalb, solange die kapitalistische Produktion besteht, ein unantastbares Grundrecht der Arbeiterschaft darstellen.

Die Stellungnahme des „Vorwärts“ — er hat seit dem April wiederholt gegen das Streikrecht gewettert — und auch der verschiedenen Gewerkschaftsinstanzen läßt sich nur daraus erklären, daß sie die Lehre vom Klassenkampf mit der Harmonielehre vertauscht haben.

Die Frage über die Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe ist nach Bloßlegung der Ursache, welche zur Gründung der „Technischen Nothilfe“ führte, eine nebensächliche, weil die „Technische Nothilfe“ ganz andere Zwecke als die in ihrem Namen liegenden verfolgt, nämlich die Verhinderung von Streiks, die der Regierung unangenehm sind.

Durch die zweiseitige Haltung des „Correspondenzblattes“ werden die Bestrebungen, das Streikrecht einzuengen, gefördert. Wenn das „Correspondenzblatt“ der Regierung das Recht des Eingreifens in den Streik zugestehen für den Fall, daß die Gewerkschaften als die durch sich selbst gegebenen Sicherungen für die Aufrechterhaltung der lebenswichtigen Betriebe nicht ausreichend seien und wenn das „Correspondenzblatt“ das Eingreifen der Regierung von deren eigener Prüfung der Sachlage abhängig machen will, so ist das, gelinde gesagt, die Preisgabe eines der wichtigsten Grundrechte der Arbeiterschaft. Daß die „Technische Nothilfe“ militarisiert ist und sich in Händen der schlimmsten Reaktionen und Arbeiterfeinde befindet, sieht das „Correspondenzblatt“ wenig an.

Eine Abgrenzung über lebenswichtige Betriebe und ausreichende Sicherung ist nicht so leicht zu ziehen. Die Meinungen werden hier immer weit auseinandergehen. Sie lassen eine Abgrenzung im voraus nicht zu. Ein Kompromiß läßt sich hier nicht schließen, es sei denn, daß der Willkür Kür und Lor geöffnet würde zum Schaden der Arbeiter und Angestellten.

Das ist nicht nur unsere eigene redaktionelle Ansicht, sondern auch die einer sehr wichtigen Körperlichkeit in unserem Verbands, dessen Beirat, der in seiner Sitzung vom 8. November einstimmig folgende Entschlieung faßte:

Der Beirat erhebt schärfsten Protest gegen die innerzeit erfolgte Bildung der Technischen Nothilfe, in deren Bestehen eine schwere Gefahr für die gesamte organisierte Arbeiterschaft liegt. Der Beirat erblickt in der Errichtung der Technischen Nothilfe die Gefahr der Bildung einer staatlich unterhaltenen Streikbrecherorganisation. Das Eingreifen der Technischen Nothilfe im wirtschaftlichen Kampf ist geeignet, den gewerkschaftlich organisierten Arbeitern das Koalitions- und Streikrecht illusorisch zu machen. Die Technische Nothilfe wirkt zwei-

fellos zum Besten einseitiger Unternehmerinteressen und bedeutet somit eine erhebliche Schwächung der um ihre wirtschaftliche Existenz kämpfenden Arbeiterschaft.

Der Beirat erklärt, daß das Koalitions- und Streikrecht, welches die organisierte Arbeiterschaft sich erst unter schwersten Kämpfen und größten Opfern errungen hat, nicht angefaßt werden darf. Durch das Eingreifen der Technischen Nothilfe in den wirtschaftlichen und politischen Kampf ohne Befragung der Gewerkschaften wird aber tatsächlich die Koalitionsfreiheit eingeschränkt und beeinträchtigt. Das Streikrecht als Grundrecht der organisierten Arbeiterschaft aber kann durch die sich jeden Einflusses und jeder Kontrolle entziehende Tätigkeit der Nothilfe direkt in Frage gestellt werden. Deshalb fordert der Beirat die Auflösung der Technischen Nothilfe. Der von der Garde-Kavallerie-Schützendivision gebildeten und dem Reichswehrministerium unterstellten Nothilfe kann nicht das Recht zugestanden werden, zu entscheiden, welche Betriebe als lebenswichtig zu gelten haben und durch Notstandsarbeiten aufrechtzuerhalten sind. Derartige Entscheidungen zu treffen ist einzig und allein Sache der gewerkschaftlichen Organisationen, und werden eventuell die Gewerkschaften dafür Sorge tragen, daß die zur Erhaltung lebenswichtiger Betriebe notwendigen Arbeiten geleistet werden. Aus diesen Gründen lehnt der Beirat jede Einmischung von außen in rein gewerkschaftliche Fragen grundsätzlich ab und erwartet, daß die gewerkschaftlichen Rechte der Arbeiter von allen Seiten respektiert werden.

### Die Tarifbewegung der Stickerei-zeichner.

Wohl kein Zweig der Textilindustrie hat durch den Krieg so stark gelitten, wie die Bogländische Stickerei- und Spinnindustrie. Nur langsam und unter den mannigfaltigsten Schwierigkeiten vermag sie sich wieder aufzurichten. Sie war vor dem Kriege zu 3/4 Exportindustrie und beherrschte mit ihren Erzeugnissen den Weltmarkt. Jetzt herrscht eine außergewöhnliche Arbeitslosigkeit in ihr. Diese tritt um so stärker in die Erscheinung, als die Industrie auf ein engbegrenztes Gebiet zusammengedrängt ist, das sich fast ausschließlich durch sie ernährt hat. Am schwersten betrifft sie die Sticker und Zeichner. Besonders im Zeichnerberufe sind die Verhältnisse äußerst gedrückt und verworren.

Die Art und Weise des Zeichnerbetriebes, der zu 1/2 im selbständigen Gewerbebetriebe ausgeübt wird, drückt dem Beruf seinen eigenen Stempel auf. Der selbständige Zeichner oder Dessinatör, wie er sich früher nannte, arbeitet auf eigene Rechnung mit Hilfskräften, im Auftrage des Fabrikanten oder, mit eigener Kollektion hausieren gehend, für verschiedene Fabrikanten gleichzeitig. Sein Einkommen ist lediglich der Gewinn, der ihm nach Abzug der Gehilfenlöhne und sonstigen nicht allzu bedeutenden Geschäftskosten vom Erlös für die den Fabrikanten gelieferten Zeichnungen entfällt. Vor dem Krieg waren gegen 400 Zeichnerateliers in Plauen vorhanden, gegenwärtig hat kaum ein Zehntel davon Beschäftigung.

Naturngemäß findet eine starke Konkurrenz unter den selbständigen Zeichnern statt, die schon unter günstigerem Geschäftsgang die Preise für die Zeichnung drückte. Wieviel mehr erst jetzt! Der Fabrikant zahlt heute kaum das Doppelte des Friedenspreises; dabei erreichen heute fertige Industrieprodukte das 8-10fache des Preises, den man für gleichwertige Produkte vor dem Kriege zahlte.

Um nun ihrerseits existieren zu können, suchen die selbständigen Zeichner alle Vorteile auszunützen, die ihnen die Arbeitslosigkeit unter den Gehilfen bietet. Gegenwärtig sind kaum 25 Proz. der Gehilfen beschäftigt. Man zahlt ihnen äußerst niedrige Wochen- oder Akkordlöhne, oder gibt die Arbeiten als Heimarbeit aus.

Die Heimarbeit hat sich seit Kriegsende in dem Ver- ruf in außerordentlichem Umfang eingebürgert. Der Gehilfe muß, will er als Heimarbeiter nur soviel verdienen, um die Arbeitslosenunterstützung nicht in Anspruch nehmen zu müssen, 16 und mehr Stunden pro Tag arbeiten. Erreicht er dieses Ziel nicht, wird ihm vom Arbeitgeber gern bescheinigt, daß er sowieso viel verdient hat, und er ist dann berechtigt, sich die ihm zukommende Unterstützung auszahlen zu lassen. (Die Arbeitgeber drücken auf Kosten der Erwerbslosenfürsorge die Löhne. Eine Wahrnehmung, die man in Bogland allenthalben macht.) Ein festes Arbeitsverhältnis besteht hierbei ja meistens nicht. Auf diese Weise verlieren nicht nur die gesetzlichen Bestimmungen in bezug auf Arbeitszeit jeden Wert, sondern es wird auch mit öffentlichen Mitteln die Industrie großzügigert.

Die Gehilfen bemühen sich schon seit Ende vorigen Jahres, durch Tarifabschluß etwas Ordnung in die Verhältnisse zu bringen; aber bis zur Stunde war ihr Bemühen ohne Erfolg.

Mit Hilfe der Organisation, des Deutschen Textilarbeiterverbandes, versuchten sie zunächst von den Fabrikanten die Anerkennung eines Tarifs zu erlangen. Unter dem 2. Januar d. J. reichte die Geschäftsleitung der Filiale Plauen des Deutschen Textilarbeiterverbandes an die Fabrikanten-Schutzgemeinschaft in Plauen einen Tarif ein. Man verwies sie mit ihrer Tarifangelegenheit an die Organisation der selbständigen Zeichner. Am 10. März 1919 erging dann eine den Forderungen entsprechende Eingabe an den Verein selbständiger Musterzeichner in Plauen. Endlich, am 24. April 1919, kam die Antwort, und am 2. Mai d. J. fanden die ersten Verhandlungen statt zwischen beiden Organisationen.

Zu einem Tarifabschluß kam es dabei nicht. Die Verhandlungen wurden vertagt. Den selbständigen Zeichnern waren die Forderungen der Gehilfen zu hoch. Dabei konnten die Forderungen gar nicht bescheidener sein; die Löhne stiegen beispielsweise 85 Mk. pro Woche. Auf eine weitere Eingabe hin waren die selbständigen Zeichner nur unter der Bedingung bereit zur Verhandlung, daß gleichzeitig über den Tarif des Sticker- und Zeichnervereins in Anwesenheit der Vertreter dieser Richtung mit verhandelt würde. In jener Organisation waren nämlich inzwischen einige Dutzend Gehilfen unter mehr oder weniger tätiger Anteilnahme der Arbeitgeber zusammengetrommelt worden.

Dieses Ansinnen lehnte unsere Organisation ab. Darnach schlossen die selbständigen Zeichner mit den Arbeitgebern einen Tarif zu äußerst niedrigen Sätzen ab. Auch die Fabrikanten, soweit sie Zeichner in ihrem Betriebe beschäftigten, schlossen sich diesem Vertrage an. Die alten Verhältnisse bestehen aber dabei zum größten Teil unverändert weiter.

Eine statistische Erhebung im Monat September d. J. ergab folgendes Resultat: 76 Proz. Gehilfen waren arbeitslos, 9 Proz. arbeiteten in Akkord. Die Wochenlöhne schwankten zwischen 22 und 35 Mk. pro Woche. Letzteren Verdienst hatten

nur 2 Mann. Einen Wochenlohn von 80 Mk. erhielten nur 4 Proz. Dabei konnten aber diejenigen, die unter der Hand Heimarbeit leisten, gar nicht mit erfasst werden.

Ein Versuch, durch die bestehende Gewerkschaft mit dem Verband von Arbeitgebern der jüdischen Textilindustrie einen gemeinsamen Tarif für die Textilfabriken des Reiches abzuschließen, war erfolglos. In einem unterm 4. Juli 1919 an den obengenannten Verband gerichteten Schreiben erklärte die vogtländische Fabrikanten-Schutzgemeinschaft ihren ablehnenden Standpunkt, soweit ein Tarif für die Stütz- und Lehrlinge in Frage käme. Auf eine erneute unterm 8. September erfolgte Eingabe an die Fabrikanten-Schutzgemeinschaft zu Blauen lehnte letztere ab, in Verhandlungen einzutreten. Man erfährt hieraus, wohin der Weg geht.

Durch Organisationserschütterung mit Hilfe der Hirsch-Dunderschen versuchen die Arbeitgeber die tarifliche Regelung der Arbeits- und Lohnverhältnisse zu vereiteln oder zum mindesten nach ihren Wünschen zu formen. Die selbständigen Zeichner sollen weiterhin durch scharfe Konkurrenz unter sich die Preise für die Zeichnung recht niedrig halten. Die Zeichner müssen natürlich die Gehilfen sein. Sonst kann man dann vor, daß die Industrie auskömmliche Löhne nicht zahlen könne und die selbständigen Zeichner nicht existieren könnten.

Warum gerade die selbständigen Zeichner die besprochene Tarifpolitik gegenüber den Gehilfen eingeschlagen haben, ist nicht recht zu verstehen, da sie doch zu den Fabrikanten im selben wirtschaftlichen Abhängigkeitsverhältnis stehen wie die Gehilfen zu ihnen, und es ihnen bis jetzt noch nicht gelungen ist, die Preise für ihre Arbeiten durch Vertrag mit den Fabrikanten zu regeln. Unter sich selbst nicht einig und zu schwach organisiert, bringen sie den Mut dazu nicht auf, andererseits fühlen sie sich aber auch zu sehr als Arbeitgeber und Herren, was sie hindert, durch eine Arbeitsgemeinschaft mit der Organisation der Gehilfen zu diesen Ziele zu kommen, obwohl unbestreitbar die wirtschaftlichen Interessen beider Gruppen, der Gehilfen wie der selbständigen Zeichner, ein gutes Stück Weges nebeneinander hergehen. Einstweilen sind sie aber fleißig daran, sich selbst ihr Grab zu schaufeln, ebenso wie die Gehilfen durch die Heimarbeit sich noch ärmer arbeiten als sie ohnehin schon sind. Etwas weniger Kurzsichtigkeit wäre auch noch genug, und etwas mehr gewerkschaftliche Disziplin hätte nicht schaden können.

Doch es scheint zu dümmern, und das Morgengrot einer besseren und tieferen sozialen Einsicht herauszulichten. Am 21. September d. J., bei Gelegenheit der Eröffnung einer Ausstellung der Fellenspiele in den Räumen der Handelskammer zu Blauen, wurde von Fachleuten betont, daß das Außergewöhnliche der Leistung des äußerst tüchtigen Zeichnerstandes zum endlichen Gelingen des Werkes geführt habe. Man erkannte mit schönen Worten die Bedeutung des Zeichnerstandes für die Konkurrenzfähigkeit und Existenz dieser Industrie an. Aber wie verhält sich das mit der bisherigen Tarifpolitik, die direkt hinausläuft auf einen Raubbau an der zeichnerischen Arbeitskraft und Intelligenz?

### Um die Gewerkschaften.

Zu unserem unter obigem Titel in Nr. 44 veröffentlichten Artikel schrieb man uns aus Delmenhorst unter anderem:

„Auch bei uns versucht man, die Organisation zu zertrümmern. Es sind aber nicht nur Kommunisten, sondern auch U.-S.-Leute, sogar solche, die an der Spitze stehen, welche sich der Zertrümmerungsbestrebungen befleißigen. Wenn in dem Artikel gesagt wird, die Gewerkschaften müßten jede Parteihilfe ablehnen, so kann man das nur unterschreiben. Es ist aber ein Widerspruch, wenn in dem Artikel zur Förderung der Einheit aufgefördert wird, gleichzeitig aber einem Teile Mitglieder der Organisation Vorwürfe über ihre politische Gesinnung gemacht werden.“

Die letzte Behauptung ist nicht stichhaltig; in dem besagten Artikel werden niemandem Vorwürfe über seine politische Gesinnung gemacht. Über seine Parteizugehörigkeit, gemacht; es wird nur gesagt, daß die Gewerkschaftsführer die Politik der mehrheitssozialistischen Partei gestützt haben. Sie werden deswegen nicht gelobt, aber doch auch nicht getadelt, es wird ihnen also diese ihre Haltung nicht zum Vorwurf gemacht.

Auf die anderen uns in jenem Schreiben gemachten Vorwürfen, die man je nach seinem Parteistandpunkt für mehr oder weniger berechtigt oder unberechtigt halten kann, können wir an dieser Stelle nicht eingehen; sie dürften aber noch in der Redaktion selbst eingehende Besprechungen und Ermüßigungen zeitigen und werden gewiß nicht unbeachtet bleiben. Hier wollen wir nur bemerken, daß alle Versuche, unseren Verband zu sprengen, mit gleicher Entschiedenheit zu bekämpfen sind und von uns bekämpft werden, gleichviel, von wem und von welcher Partei sie ausgehen mögen.

Unter keinen Umständen darf auch gebuldet werden, daß Anhänger der U. S. P. D. innerhalb unseres Verbandes eine gewerkschaftsfeindliche Tätigkeit widerspruchslos ausüben.

### Ein deutsches Tarifarchiv.

Unter diesem Titel veröffentlichten wir in Nr. 43 einen Artikel. Vom Reichsstatistischen Amt, das ihn uns einforderte, werden wir ersucht, zu erklären, daß der Artikel einen Sonderabdruck aus dem „Reichsarbeitsblatt“, Septemberheft, darstellt.

### An die Polamentierer Deutschlands!

Kollegen, denen in Dänemark Arbeit angeboten wird oder die in Dänemark Arbeit suchen, wollen, bevor sie die Arbeit annehmen, sich erst an den Vorsitzenden Peter Jensen, Stebgade 64, Røpenebogen B, schriftlich wenden. Genauer Auskunft erfolgt sofort.

### Aus den Gewerkschaften.

**Meinungsverschiedenheiten im Deutschen Metallarbeiterverband.** Der „Gewerkschaftliche Nachrichtendienst“ der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands enthält einen Aufruf von Delegierten der Minberheit, in dem es heißt:

„Zahlreiche schriftliche und mündliche Neuerungen aus den Reihen der Kollegenschaft bringen heute schon den schärfsten Unwillen über die in Stuttgart gefassten Entschlüsse zum Ausbruch. Wer die Entwicklung der Dinge im Verbands in den letzten Jahren verfolgte, konnte nicht im Zweifel darüber sein, zu welchen Specien eine Generalversammlung von der Opposition benutzt werden sollte. Sie ist denn auch nach dem Willen der Führer der Opposition aus dem Lager der U. S. P. D. zu einem Kampfe um die Macht der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands benutzt worden. An Stelle des Kampfes um die wirtschaftlichen und beruflichen Interessen der deutschen Metallarbeiter ist der nackte und widerwärtigste Interessentkampf einer politischen Partei getreten.“

Der Unwille über die Fügung und deren Beschlüsse wird in den nächsten Tagen und Wochen tausendfachen Widerhall finden. Der größte Fehler wäre es aber, wenn — wie schon von verschiedenen Seiten angeklagt wird — die Kollegen und Kolleginnen diese ihre Mißstimmung durch Austritt aus dem Verbands zum Ausdruck bringen wollten.

Das darf unter keinen Umständen geschehen. Jetzt gilt es erst recht zusammenzukommen.

Wir fordern unsere Anhänger in allen Teilen des Reiches auf, gemeinsam mit uns etwaigen schädlichen Rückwirkungen der Beschlüsse dieses Verbandstages nach Möglichkeit einzudämmen und eine Aenderung der Verbandstagesbeschlüsse herbeizuführen.“

### Aus der Textilindustrie.

**Ein Ruf nach Einheitsorganisation.** Man schreibt uns aus dem Gau VII. Der Tarifvertrag für Südbayern ist nach langen schwierigen Verhandlungen mit einem nennenswerten Erfolg abgeschlossen worden. Ein Teil der Mitglieder, besonders die jüngeren, noch weniger geschulten, werden von dem Erreichten voll befriedigt sein, denn in der Lohnfrage sind wir um einen tüchtigen Schritt vorwärts gekommen. Die älteren, gewerkschaftlich und politisch gereifteren Mitglieder werden den Tarifvertrag mit gemischten Gefühlen betrachten. Nichts ist darin enthalten, was den Arbeitern die soziale Gleichberechtigung gibt. Die wichtigsten Forderungen der Arbeiter, die Erweiterung ihrer Rechte innerhalb der Betriebe, die Festlegung, daß nur organisierte Arbeiter beschäftigt werden dürfen, sie mußten zurückgezogen werden. Die Unternehmer lehnten sie einmütig ab und fanden dabei eifrige Unterstützung durch die christlichen Vertreter. Nur durch Kampf kann die Bewilligung dieser Forderungen erreicht werden. Für den Kampf aber war der Zeitpunkt nicht gegeben. Noch sind unsere Mitglieder zu jung in der Gewerkschaft, zu unerfahren im Kampf mit einem Unternehmertum, das alle Mittel der Rüstung sich zugelegt hat. Ein solcher Kampf erfordert vor allem größte Geschlossenheit der Arbeiter. Noch aber haben wir mehrere Richtungen innerhalb der Gewerkschaftsbewegung. Wir müssen damit rechnen, daß uns die Christlichen und Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften als Streikbrecher in den Rücken fallen. Darum muß erneut als unsere Parole der Ruf erschallen: Schafft eine Einheitsorganisation! Schafft gründliche Aufklärung unter den uns noch Fernstehenden darüber, daß ihr Heil nur in einer einigartigen, starken Organisation liegt. Jede Uneinigkeit stärkt das Unternehmertum, unterstützt das Kapital in seiner Ausbeutung des Volkes. Die Aufgabe unserer Verbandsleitung, unserer Betriebsräte und aller sonstigen Funktionäre ist jedoch mit der Aufklärung der uns Fernstehenden nicht erschöpft. Vielmehr muß innerhalb des Verbandes, unter unseren eigenen Mitgliedern nicht nur eifrige Aufklärung, sondern ebenso eifrige gewerkschaftliche Erziehungsarbeit einsetzen. Laßt uns die kommenden Monate des Waffenstillstandes dazu benutzen, unseren Verband nach innen und außen zu stärken! Dann mag der Lang los gehen. Durch Kampf zu Sieg!

**Lohnbewegungen in Krefeld.** In einer gemeinsamen Versammlung ameres und des christlichen Verbandes nahm man nach Berichten über laufende und bereits abgeschlossene Lohnbewegungen für die Sanftbranche eine Entschliebung an, in der es heißt, daß die Textilarbeiter keine Heilverden zur Verfügung hätten, aus denen sie, angesichts der andauernden Steigerung der Lebensbedingungen, schöpfen könnten, um die Differenz zwischen Lohn und Lebenshaltung auszugleichen. Die Textilarbeiter-Schaft muß darauf bestehen, daß die Löhne in ein richtiges Verhältnis zu den Preisen für Lebensmittel, Kleidung, Wäsche, Miete, Heizung usw. gesetzt werden. Besonders aber fordern die Verammelten, daß ihre Forderung der Mindestlohn baldigst erfüllt wird, denn auch der Textilarbeiter hat ein Anrecht auf Stetigkeit seines Einkommens. Die Industrie ist auch in der Lage, der Forderung der Arbeiterschaft nach Mindestlohn Rechnung zu tragen, ohne dabei Schaden zu leiden. Die Textilarbeiter erlauben ihre Verbandsleitungen, in der Erringung des gesteckten Zieles nicht zu erlahmen. Sie verstärken dieselben ihres vollen Vertrauens und verpflichten nach wie vor strenge gewerkschaftliche Disziplin.

Die Verammelten erheben schärfsten Protest gegen die gewissenlose Volksausbeutung durch das Bucher- und Schiebertum und verlangen endlich von den Behörden nachdrücklichste Bekämpfung und strengste Bestrafung dieses Volksausbeutertums. Die Arbeiterschaft aller Verufe wird aufgefordert, dem hierorts neugeschaffenen Bucheramt in der Bekämpfung des Bucher- und Schiebertums tatkräftige Unterstützung zu gewähren.“

**Auszeichnung eines Forschungsinstituts.** Dem deutschen Forschungsinstitut für Textilstoffe in Karlsruhe sind kürzlich in Anbetracht seiner Bedeutung für die Industrie die Körperchaftsrechte verliehen worden, eine Auszeichnung, die bekanntlich nur wenigen privaten Vereinigungen zuteil wird.

**Die Textilindustrie in Sowjetrußland.** 1. Deinen-(Glachs-) Industrie: Gegenüber dem Jahre 1918 ist der Preis von Roblenen im Jahre 1918/19 um 723 bis 757 Proz. gestiegen, der von Leinengarn um 1076 bis 1428 Proz. Für verarbeitete Ware wird eine Preissteigerung von 2000 Proz. angegeben. Nach der von A. Sokolow veranstalteten Enquete zeigt die Produktionsziffer für Leinengarn im Gouvernament Jaroslawa pro Spindelstunde im Jahre 1918 eine Senkung um 28 Proz. gegenüber 1912. Die durchschnittliche Monatsproduktion von Leinengarn in den Garnfabriken von Kostroma ist um 42 bis

76 Proz. gegenüber 1916 gesunken. 2. Baumwollindustrie: Vor dem Kriege betrug die Durchschnittsproduktion an Baumwollgarn in den Spinnereien von Lifa bei 18stündigem Betrieb 3000 Pnd auf je 1000 Spindeln. 1918 war die Erzeugung um 58 Proz. herabgegangen. Die durch geringere Produktivität der Arbeit verursachte Winderzeugung muß auf 25 bis 30 Proz. geschätzt werden. Die Verminderung in der Fabrikation von ungebleichten Geweben erreicht 14,7 bis 44 Proz. Die Zahl der Arbeiter auf das Pnd verwebten Garnes ist um 28 bis 65 Proz. oder im Durchschnitt um 45 Proz. gestiegen. Seit 1913 sind die Preise für Fabrikate in Baumwolle um 615 Proz., für Baumwollgarn um 1453 Proz., für ungebleichte und bedruckte Gewebe um 2246 Proz. gestiegen. 3. Wollindustrie: In den Webereien für ungebleichtes Tuch beträgt die Verminderung der Fabrikation 56 bis 59 Proz., während die Zahl der Arbeiter sich um 20 bis 29 Proz. vermehrt hat. Die Tuchpreise sind um 3516 Proz. und die Produktionskosten (ohne Material) um 6042 Proz. gestiegen. Die Zahlen zeigen, daß sich in der Textilindustrie die Erzeugung um ungefähr 50 Proz. vermindert hat, während die Produktivität der Arbeit um 25 bis 30 Proz. zum Teil sogar um 50 Proz. sank. Sie ist nicht allein der verminderten Leistungsfähigkeit der Arbeiter, sondern auch anderen Umständen, z. B. dem schlechten Zustand der Maschinen usw., zuzuschreiben. Aus den durch eine Erhebung gewonnenen Zahlen ergibt sich, daß die geringere Leistungsfähigkeit der Arbeit in folgendem ihre Ursache hat: Aufhören der Stückerarbeit, allgemeines Chaos in der Industrie, Abschwächung der Disziplin, dauernde Nahrungsmittelknappheit, welche die Arbeiter zwingt, sich auf der Suche nach Lebensmitteln von den Fabriken zu entfernen. („Der Konfektionär“)

### Aus den Schlichtungsausschüssen.

**Ein Streit um die durchgehende Arbeitszeit** beschäftigte am 7. Oktober den Schlichtungsausschuß beim Reichsarbeitsministerium.

Darüber wird vom Verband der Bureauangestellten geschrieben: Die gesamte Angestelltenchaft der Industriefabrik Bochum hat im Laufe des Sommers die durchgehende Arbeitszeit gefordert. Die Arbeitgeberverbände hatten dies abgelehnt und sich nach neuem Drängen der Angestelltenchaft unter Festsetzung von Strafen den Verbänden verpflichten müssen, auf keinen Fall dieser Forderung der Angestellten nachzugeben. Betriebe, die diese Arbeitszeit schon hatten, schafften sie auf Anweisung der Arbeitgeber wieder ab. Der Magistrat verstand es sogar, sämtliche Anträge der Beamten und Angestellten vom März bis Oktober den Stadtverordnetenitzungen fernzuhalten. Unter Leitung des damaligen Verbandes der Bureauangestellten schlossen sich die Bochumer Angestellten Mitte Juni zusammen und beantragten nach neuem, aber nutzlosem Verhandeln eine Entscheidung beim Reichsarbeitsministerium.

Mit welchen Mitteln die Bochumer Industriellen hierbei für den Rücktritt kämpften, mag beleuchten, daß eine ihrer Vereinigungen gar Unterschriften von Frauen der Angestellten vorlegten.

Der Schlichtungsausschuß entschied nach längerem Verhandeln: für sämtliche Angestellten der beteiligten Firmen und Behörden wird ab 15. Oktober die ungeteilte Arbeitszeit eingeführt.

Die wöchentliche Bruttoarbeitszeit beträgt einschließlich einer halbstündigen Pause pro Tag insgesamt 45 Stunden.

Wo bereits eine kürzere Arbeitszeit besteht, verbleibt es hierbei, auch nach Einführung der ungeteilten Arbeitszeit.

Am Sonnabend erfolgt der Arbeitschluß spätestens um 2 Uhr nachmittags. Ein etwa bestehender früherer Schluß bleibt maßgebend.

In der Industrie gilt ebenfalls durchgehende Arbeitszeit, jedoch ist ein Drittel der Angestellten verpflichtet, in geteilter Arbeitszeit zu arbeiten, wenn sich die Notwendigkeit ergibt. Auch hier beträgt die Bruttoarbeitszeit 45 Stunden.

### Soziale Rundschau.

#### Die Erwerbslosenfürsorge

hat wieder einige Aenderungen erfahren. Der Verordnung vom 23. April 1919 (Reichsgesetzbl. S. 416) wird im § 4 ein Absatz 3 zugefügt, nach welchem Gemeinden, die die nach jener Verordnung zulässigen Höchstätze der Erwerbslosenunterstützung überschreiten, die Reichsbeihilfe entzogen werden kann. Im § 8 Absatz 2 werden die Worte: „Die Beihilfe soll im Falle der Beförderung durch die Eisenbahn die Kosten dieser Beförderung nicht übersteigen“ gestrichen. Es handelt sich dabei um Beihilfen zur Beförderung von Umzugsgut aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge. Diese Beihilfen können jetzt also die Kosten der Eisenbahnbeförderung übersteigen. Als Absatz 8 wird dem § 9 folgende Vorschrift zugefügt: „Wenn ein Erwerbsloser eine Arbeitsstelle annimmt, in der er zu vollem Verdienst erst nach Angewöhnung der erforderlichen Fertigkeit gelangen kann, ist die Gemeinde des letzten Wohnorts berechtigt, aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge einen Zuschuß für die Dauer von 6 Wochen zu gewähren, sofern der verdiente Lohn den bisherigen Beitrag der Erwerbslosenunterstützung einschließlich der Familienzuschläge nicht um 1 Mk. werktätlich übersteigt. Der Zuschuß darf den Unterschied zwischen dem Lohn und der um 1 Mk. werktätlich vermehrten Unterstützung nicht überschreiten. In den Orten der Ortsklassen A und B sind die Gemeinden ermächtigt, den Erwerbslosen, die das 18. Lebensjahr vollendet und an mindestens 60 Tagen der vorhergehenden 3 Monate die volle Erwerbslosenunterstützung bezogen haben, in der Zeit vom 1. November 1919 bis zum 31. März 1920 aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge eine Winterbeihilfe zu gewähren.“

#### Wochentag in Holland.

Die Erste Kammer hat einstimmig die Gesetzesvorlage, die einen Arbeitstag von acht Stunden und eine Arbeitswoche von 45 Stunden vorsieht, angenommen.

### Politische Nachrichten.

#### Hugo Haase gestorben.

Der Führer der Unabhängigen Sozialdemokratie, Hugo Haase, auf den bekanntlich, augenscheinlich von einem Geistesgestörten, ein Revolverattentat verübt wurde, ist an den Folgen davon am 7. November, 56 Jahre alt, gestorben. Der Verlußt Haases trifft die Partei hart.

### Berichte aus Fachkreisen.

**Budisch.** Am 31. Oktober fand im „Bodschlöcher“ eine außerordentliche Generalversammlung statt, die sehr gut besucht war. Zur Beratung standen folgende Punkte: 1. Vortrag über Arbeiterrecht, 2. Tarifänderung, 3. Beitragsfragen. Kollege Heyne sprach zum ersten Punkt. Er gab einen Überblick über die neuesten Bestimmungen des Gesetzes vom 2. September 1919. Die Arbeiterschaft müsse einig sein, um überall die gesetzlichen Bestimmungen durchzuführen zu können. Zustände wie in der politischen Organisation der Arbeiterschaft dürfen in der gewerkschaftlichen auf keinen Fall eintreten. Wir dürfen auch nicht zu wirtschaftlichen Zuständen wie in Russland kommen. Wenn alle Arbeiter ihre Pflicht tun, müssen wir wieder hochkommen, auch ohne Akkord- oder Taylorsystem, wie in Russland. — In der Debatte nahm Kollege S a u b s ch von der Gausleitung das Wort. Vor allem sei es notwendig, über den Achtstundentag eifertig zu machen, damit er uns mit der Zeit nicht wieder entzogen werde, wozu es an Versuchen nicht fehle. Dann kritisierte der Redner die Tätigkeit des Schlichtungsausschusses. Dort können die Arbeiter auch selten auf ihre Rechnung und die Hilfe von Gerichten müsse öfter in Anspruch genommen werden. Zum Schluß machte er noch Ausführungen über die Heimarbeitfrage und die Notwendigkeit der unbedingten Einigkeit der Arbeiterschaft, wobei er auf die kommunistische Bewegung innerhalb der Gewerkschaften zu sprechen kam. Hierauf erwiderte Kollege R a d e n, daß die Kommunisten die Gewerkschaften nicht zertrümmern wollten. Kollege B ö l l m a n n entgegnete, daß es leider doch so sei. — Unter Tarif sollte im Laufe des September gekündigt werden, was auch die Filialverwaltung in einer Rundschreiben vom 24. September der Gausleitung gemeldet hat. Diese hatte aber im Drange der Geschäfte die Kündigung nicht rechtzeitig bewirkt, so daß wir dadurch kläglich geschädigt wurden. Die Versammlung wußte deshalb dem Kollegen R. Laubisch von der Gausleitung gehörig den Stoff, so daß er zur Nachfertigung längere Ausführungen macht, die dahin gehen, daß sie eben gegenwärtig viel Arbeit hätten, da eine Menge Tarife neu zu verhandeln wären. Er hoffe, später den Fehler wieder gutmachen zu können. — Nach dem 3. Punkt sprach man noch über Tarifangelegenheiten und drückte Gewerkschaftsfragen.

**W. Gladbach-Niederrhein.** Am 29. Oktober wurde letzte Delegierten-Generalversammlung, die sich aus Vertretern aller Bezirke und Orts innerhalb unseres Verwaltungsbezirks zusammensetzte. Die Tagesordnung an sich war äußerst reichhaltig. Doch zeigte es sich, daß bei genügender Beachtung und Sachkenntnis in verhältnismäßig kurzer Zeit wertvolle Arbeit für die Organisation sich leisten läßt. — Zum Quartalsbericht führte Kollege B a t e r etwa folgendes aus: Schwierigkeiten in Versammlungen und Hindernisse aller Art haben es nicht fertig gebracht, unseren Aufstieg und die Fortentwicklung unserer Organisation im Bezirk aufzuhalten. Auch in diesem Quartal haben wir wieder eine reiche Mitgliederzunahme von 1500 zu verzeichnen. Betrachtet man aber, daß im Laufe des Quartals rund 2000 Junglinge und fast 500 Abgänge zu verzeichnen sind, so besage dieses, daß dieser ungeheure Zustand nur durch intensive Auffklärungsarbeit, sei es in den einzelnen Bezirken, sei es in den Betrieben, behoben werden könne. Die Drückerberger müssen herangezogen werden. Die Bucherkontrolle muß scharf sein und in bestimmten Perioden stattfinden. Wenn dies in voller Strenge geschieht, dann wird die Fluktuation aufhören, und wir werden in kurzer Zeit 10 000 Mitglieder innerhalb unseres Bezirks zählen; gegenwärtig haben wir die Zahl von annähernd 9000 erreicht. — Nach dem Rassenbericht, an dem Ausführungen nicht gemacht wurden, wurde ein von der Verwaltung vorgelegter Antrag betr. Erhebung eines erhöhten Eintrittsgeldes beim wiederholten Eintritt in den Verband zurückgestellt bis zur nächsten Generalversammlung.

**Bur Tarifbewegung** berichtete der Kollege B a t e r, daß sämtliche Lohnabschlüsse, welche bis Oktober vereinbart sind, gekündigt wurden. Wenn bis zum Ablauf dieser Verträge die neuen Abschlüsse nicht getätigt sind, wird der höhere Lohnsatz nachgezahlt. Die neu eingereichten Lohnvorschläge sehen außer beträchtlichen Erhöhungen auch eine Vereinfachung der Lohnsätze vor. Unter allen Umständen verschwindet aber das System der Richtschnurrechnung. Neu eingetragenen in die Lohnvorschlagslisten sind die Seidenwebereien. Gewiß müsse in all diesen Fragen die Arbeiterschaft mehr Aufklärung haben. Eine politische Arbeiterpresse sei aber im Orte so gut wie nicht vertreten. Die Textilarbeiter müßten sich aber auch daran gewöhnen, auf eine politische Arbeiterzeitung zu abonnieren. Gegenwärtig seien für das besetzte Gebiet verschiedene politische Tageszeitungen verboten. Aber die in Straßburg herausgegebene „Niederelbische Volkstribüne“ werde für politische Zulassungen mehr in Anspruch genommen werden müssen. Ueber die Frage der Gewährung einer Bezirksratsstelle, so berichtete der Redner, sei eine klare Antwort von Seiten der Unternehmer noch nicht erfolgt. Auf den bis 30. November 1919 in Wirksamkeit befindlichen Tarif für die Baumwoll-Spinnereien seien von den Spinnereibesitzern auf die bestehenden Lohnsätze 20 Proz. Erhöhung und eine Ueberwälzung von 5 auf 10 Proz. bewilligt worden. Der Tarif an sich verkehrt mit Schluß des Monats November seine Gültigkeit, und Vorbereitungen zu einem neuen Abkommen müssen getroffen werden. Im besonderen wird bei Verhandlung der Lohnfrage auf die Bestimmungen unseres Statuts bett. Beitragsleistung verwiesen. Die Höhe der zu leistenden Beiträge richtet sich nach dem erreichten oder festgesetzten Tariflohn, und dieser Determination muß voll und ganz Rechnung getragen werden. — Stott von Straßburg ging die Wahl des Vorstandes, der Revisoren, der Kartellbevollmächtigten und der neu anzustellenden Hilfskräfte. Als letztere wurde der Kollege Johann Steins, Rheingau, einstimmig gewählt. Da man der Apparat der Verwaltung ein immer größerer geworden ist und die erzielende Arbeit gesteigert werden muß, wurde der Geschäftsführer Kollege B a t e r als verantwortlich für richtige und würdevolle Führung der Textilarbeiterfrage bestimmt. — Interessant und belehrend waren die Ausführungen des Arbeiterssekretärs Krüller zu dem Thema: Die Betriebsdemokratie in der Textilindustrie. Ausgehend von den großen Aufgaben der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung nach der Dekret der Frage der Sozialisierung und der Frage der Betriebsräte besondere Bedeutung bei. Starcker Beifall lohnte seine Ausführungen. — In der Folge wird in jeder Versammlung ein belehrender Vortrag gehalten werden.

**Gainischen.** Unsere Mitgliederversammlung, welche am 28. Oktober stattfand, war sehr gut besucht. Auf der Tagesordnung stand die Wahl eines Geschäftsführers, für halbe Tage zunächst. Einmütig wurde der bisherige Vorsitzende, Kollege Reumann, gewählt. Mit der vom Vorstand vorgelegenen Entschädigung war die Versammlung einverstanden. Als Vorsitzender wurde nunmehr der Kollege Gerlach gewählt. Hierauf gab Kollege Hlhemann den Quartalsbericht. Die Einnahmen betragen 6661 RM., die Ausgaben 4046 RM., Rassenbestand 1606 RM. Der Mitgliederstand war 876. Dann wurde vom Kollegen Reumann der für die Tuchfabriken neu abgeschlossene Tarif nochmals erläutert. Unter Kartellbericht und Verhandlungsangelegenheiten fand eine sehr rege Aussprache statt. Mit dem Wunsche, die Versammlungen immer so zahlreich zu besuchen, schloß der Vorsitzende die Versammlung.

**Kaiserlautern.** Der die Verhältnisse im Kaiserlautern betraf, daß es mit den Textilarbeitern noch immer schlecht bestellt war. Es war eben immer nur ein kleiner Teil in der Organisation. Unter der Nachwirkung der Revolution ist es durch rege Mitarbeit gelungen, die Mitgliederzahl von 42 auf annähernd 1000 zu erhöhen. — In der am 28. Oktober abgehaltenen Mitgliederversammlung war es auch uns Vergnügen, den Gausleiter Kollegen S a n g m a n n, nachdem er die Einzelverhältnisse für die Holz erhalten

hatte, in unserer Mitte zu sehen. Nach dem Geschäfts- und Rassenbericht referierte Kollege Reussardt über den in Neustadt an der Haardt abgeschlossenen Tarifvertrag für die Pfalz und legte an Hand desselben die einzelnen Paragraphen aus. S a n g m a n n, welcher den Verhandlungen in Neustadt ebenfalls beizuhelfen, erging die Verträge. Wenn der Tarif auch manche Wünsche unerfüllt läßt, so seien doch nennenswerte Verbesserungen in allen Abteilungen erzielt worden. Dann führte er S a n g m a n n in bezug auf den Stand der Revolution vor Augen und rief und zum Schluß zu: „Seid einig und stark der Sieg muß uns bleiben!“ Leipzig. Die Sortierer und Sortiererinnen von Leipzig haben sich zu einer Sektion zusammengeschlossen. Ihr Bestreben soll sein, alle Kolleginnen und Kollegen sämtlicher Rammereien und Spinnereien, wo Sortierung besteht, zu bewegen, den Anforderungen der Sektion zu folgen. Sie hat sich zum Ziel gesetzt, die Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie auch die Beibringfrage nach möglichst einheitlichen Grundsätzen zu behandeln. Alle Collegen der Arbeiterauschüsse, auch die Betriebsräte, sind ersucht, dem Unterzeichneten ihre Adressen einzuschicken, damit die Sektion mit ihnen in schriftlichen Verkehr treten kann. Die folgendem Graf R a g r e i c h s t a d t, Seidenweber, Leipzig-Schönefeld, S i l s c h u b e r t - S t r . 14.

**Leuba.** Im Gasthof Leuba fand eine außerordentliche Generalversammlung statt. Ihr Zweck war Beberatung und Aufklärung der Mitglieder. Als Tagesordnung war das Thema gewählt: „Verschiedene Organisationsformen und unter welcher werden unsere Interessen am wirksamsten gewahrt?“ Als Referent war der Kollege Georg B a n g e r - Leipzig gewonnen worden. In wenigen Worten entlegte der Referent sich seiner Aufgabe. In vier Teile zerfiel sein Vortrag. Im ersten Teil schilderte er die Entstehung unserer Organisation. Schon vor ungefähr 60 Jahren waren die Textilarbeiter, zu der Ueberzeugung gekommen, daß ihre Interessen nicht gewahrt werden können in Gewerken und Fachvereinen. Der Gedanke sich zusammenzuschließen zu einer Zentralorganisation, griff immer mehr um sich, bis endlich in den 70er Jahren man diesen Schritt wagte. — Der zweite Teil der Rede behandelte die Zeit von der Gründung bis zum Ausbruch des Weltkrieges. Der Redner schilderte die schwere Zeit, die der Verband unter dem Sozialistengesetz durchzumachen hatte. Solidaritätsgefühl und Ueberzeugung ließen und auch diese Zeit überleben. — Der dritte Teil der Rede behandelte die Tätigkeit unseres Verbandes während des Weltkrieges. Vieles ist während dieser Zeit für die Mitglieder getan worden. Wenn es auch nicht den Restfall aber gefunden hat, der Wille, nur für die Mitglieder das Beste zu tun, ist aber immer der Leitfaden aller dieser Taten, die während des Krieges die Organisation geleitet haben. — Im vierten und letzten Teil zeigte der Redner den fossialen Aufschwung, den die Organisation seit Beendigung des Krieges genommen hat. Mit energiegelassen Worten bekämpfte er die Betriebsorganisation und schloß mit dem Appell an die Besucher, dahin zu wirken, daß alle, alle sich an einer Organisation anschließen, denn nur in dieser würden die Interessen der Textilarbeiter voll und ganz gewahrt. Reicher Beifall lohnte den Redner. Nach kurzer Debatte konnte der Vorsitzende die gutbesetzte Versammlung schließen.

**Rheine.** Außerordentlich gut besucht war die am 28. Oktober im Saale von Eymann (Stadtberghof) abgehaltene Mitgliederversammlung. Ueber 500 Kollegen und Kolleginnen hatten sich eingefunden. Auf der Tagesordnung standen Geschäfts- und Rassenbericht vom 2. Quartal, der neue Tarifvertrag für das Münsterland und Verschiedenes. Den 1. Punkt der Tagesordnung behandelte unser 2. Geschäftsführer, Kollege S i m o n, als Rassenführer. Aus dem Rassenbericht war zu entnehmen, daß unsere Filiale wieder ein bedeutendes Stütz dorthin gekommen ist. Die Mitgliederzahl ist von 2460 auf 2660 gestiegen, eine Zunahme von 400 Mitgliedern. Wäre, so führte Redner aus, nicht eine so große Anzahl unserer Kollegen zum Deutschen Eisenbahner-Verband übergetreten, so hätten wir bereits am Schluß des Quartals die 3000 überschritten. Aber im 4. Quartal werden wir die 3000 weit überschreiten. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen: „Die heute am 28. Oktober tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Textilarbeiterverbandes ist mit dem Abschluß des neuen Tarifvertrages vollständig einverstanden. Sie spricht den Kollegen Matthes und Simon ihren Dank und ihr volles Vertrauen auch fernerhin aus. Sie gelobt aufs neue, alles einzusetzen für unsere Organisation, bis auch der letzte Unorganisierte für uns gewonnen ist.“ Dann wurde noch dem Kollegen G. Wollertling vom Deutschen Metallarbeiterverband und Kartellmitglied das Wort erteilt. Er brachte den Beweis, daß wir mit unserem Tarif über dem der Metallarbeiter bei der Firma Windhoff ständen. Dann kam er noch auf die letzte Streikbewegung bei Windhoff zu sprechen. Er brandmarkte scharf das Verhalten einzelner „Christen“. Nachdem der Vorsitzende, Kollege Matthes, in einem feierlichen Schlußwort die Mitglieder anzuregte, den zur Organisation zu halten und dafür zu sorgen, daß auch der letzte Arbeiter und die letzte Arbeiterin unserer Industrie dem Deutschen Textilarbeiter-Verband beigefügt werde, schloß er mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Verband, in das die Versammelten tausend einstimmten, die Klän verkaufene Versammlung.

**Wangen i. Allgäu.** Auch wir wollen wieder einmal etwas von uns hören lassen und Bericht geben von einer Jahreshalle, deren ganze Richtigkeit sich in der Ertrager Spinnerei und Weberei, Betriebsabteilung Wangen i. Allgäu, kongentriert, da, von einer kleinen Strickerrei abgesehen, weitere Textilindustrie am Platze nicht vorhanden ist. Die Jahreshalle wurde im Jahre 1917 gegründet, 14 Tage nach der Gründung der christlichen Jahreshalle. Als Kuriosum sei angeführt, daß die christliche Jahreshalle ein Jahr lang von der Frau unseres 1. Vorsitzenden geleitet wurde. Im Januar begann nun unsere Jahreshalle ihre reformistische Tätigkeit. Im Betrage nicht mehr getragene Zustände wurden abgehandelt und ständige Verbesserungen durchgeführt. Des weiteren wurde durch Betriebsbeiratsung gegen die ungenügende Brotversorgung demonstriert und kurze Zeit nachher in einer glänzenden Betriebsversammlung die Hygieneorganisation für die Textilarbeiter am Orte beschlossen und energisch durchgeführt. Bei den späteren Arbeiterauschüssen können wir die Christlichen erscheidend auf Haupt und Landen von den neuen zu wählenden Vertretern acht in den Arbeitersauschluß. Unsere Vertreter entfalteten eine eifrige Tätigkeit. Durch zahlreiche von Erfolg begleitete Eingaben an die Regierung, andere Behörden und ausländische Konsulate, sowie durch eine Anzahl in der Presse veröffentlichter Artikel, lenkten sie die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf den bisher wenig beachteten Textilarbeiterstand, so daß selbst die Stadt sich dazu bequeme, einen Spinnereibereiter in Gemeindeparlament einzuziehen zu lassen, obwohl Kollege Meiser als Textilarbeiter eine ihm angebotene auswärtsgehende Kandidatur vorher abgelehnt hatte. An wirtschaftlichen Erfolgen dürfte unsere Jahreshalle kaum von einer anderen übertraffen werden. Es gelang, durch Kollegen Meiser eine einmalige Feuerungsgulage von 60 000 RM. für Wangen allein und eine noch höhere Summe für den Mutterbetrieb in Erlangen, daneben noch eine Verteilung für Wohnungsbauplan voranzutreiben. Von den anderen kulturellen Organisationsformen auf sozialem Gebiet ganz abgesehen. Inzwischen ist es unseren rüstigen Mitgliedern gelungen, über 500 Mitglieder in unserer Jahreshalle zu vereinigen, und immer noch sind wir im Aufmarsch begriffen. Geizlos und gähnelappend stehen die Christlichen abseits an der Straße, den Moment erwartend, wo sie hinterherum über uns herfallen können, und winselnd und beschwörend bitten sie die Arbeitgeber und die Regierung, doch auch ihrer Vertreter über Namen unter die abgeschlossenen Tarife setzen zu lassen in der richtigen Erkenntnis wohl, daß die christlichen Funktionäre fort überhand nicht wüßten, was sie anfangen sollten; denn in Selbstzufrieden haben die Christen doch mehr Beamte als Mitglieder.

**Literatur.**  
Kriegsgefangenen-Merkbuch. Von Regierungsrat Dr. Hermann Dersch, Dr. Georg Platon und Dr. Fritz O. Lohm. Verlag: Gesellschaft und Erziehung G. m. & O., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 1. Preis 3,50 RM.  
Ratgeber für Kriegsbeschädigte. Von Erich Hoffmann, Referent im Reichsarbeitsministerium. Verlag: Gesellschaft und Erziehung G. m. & O., Berlin SW. 48, Wilhelmstr. 1. Preis 1,50 RM. 16. bis 26. Ausgabe.  
Eckhorn über die Januarereignisse. Kleine Lektüre im Berliner Volkspolizeibüro und mein Anteil an den Januarereignissen. Verlagsgenossenschaft „Freiheit“ e. G. m. & O., Berlin SW. 6, Schiffbauerdamm 10. 104 Seiten. Preis 2 RM.  
„Die Bildungsarbeit“. Heft 3/4. „Die Bildungsarbeit“ erscheint monatlich und kostet im Halbjahrsabonnement 5 Kronen, einzelnes Heft 1 Krone. Bestellungen sind gleich mittels Postanweisung an die Verwaltung, Wien V, Reichle Wenzelsle 97, zu richten.  
Günther Ströbel, „Die Bilanz der Revolution“, 24 Seiten, Preis 1,10 RM. Verlag Neues Baurland, 6. Berger u. Co., Berlin W. 8.  
„Lichtstrahl“, Zeitschrift für wissenschaftlichen Kommunismus. Herausgeber Julius Borchardt. Das erste Novemberheft Nr. 8 des 5. Jahrgangs ist erschienen.  
Von der „Neuen Welt“ ist das 6. Heft vom 1. Band des 24. Jahrgangs erschienen.  
„Der freie Lehrer“, Organ der Arbeitergemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrpersonen Deutschlands, Nr. 12, ist erschienen.  
„Sturmbau der Revolution“ und „Der 3. November“, zwei Deutschschriften zum Jahresfest der Revolution veröffentlichte die Dachabteilung Vorwärts in Berlin SW. 68.

### Bekanntmachungen.

**Vorstand.**  
Sonntag, den 19. November, 11 Uhr  
48. Wochenbeitrag (siehe)

**Im neuen Ortsverwaltungsamt!**  
Der Vorstand der neuen Statuten hat begonnen. Infolge der Bahneinschränkungen ist es möglich, daß die Statute — sofern mehrere an eine Filiale gehen — nicht alle gleichzeitig an den Empfänger gelangen.  
Die Ortsverwaltungen sind deshalb gebeten, Forderungen wegen weiterer Zusendung von Statuten an und augenblicklich nicht zu stellen, sondern noch einige Wochen zu warten, bis der Versand beendet ist.  
Der Vorstand.

**Geschäftsführer-Wunsch.**  
Für die Filiale S u m m e r s b a c h - D e r s c h l a g (Neustadt) unseres Verbandes wird zum sofortigen Eintritt ein Geschäftsführer gesucht.  
Für dieses Gebiet — besonders — kommt hauptsächlich die Strickerrei in Frage.  
Kollegen und Kolleginnen, welche mit dem Verband verbunden sind, werden gebeten, ihre besonderen agitatorischen und schriftstellerischen Fähigkeiten zu zeigen und sich um die Stelle bewerben zu wollen, ihre Bewerbung mit der Aufschrift „Bewerbung“ versehen, unter Beifügung eines Aufsatzes über die Aufgaben eines Geschäftsführers an die Adresse des Kollegen Carl Schäff, Berlin O. 27, Wagenstraße 6/7, bis spätestens den 24. November d. J. einzureichen. Zeugnisse und Vergleichen sind nur in Abschrift beizulegen. Die Beitragsliste ist anzugeben und seit wann in der angegebenen Klasse gezahlt wird. Beifügung ist mindestens dreijährige Verbandsgültigkeit. Gehalt nach den Beschlüssen der Generalversammlung in Wangen. Das erste Jahr gilt als Probejahr. Während der Dauer besteht die Besoldung eine vierwöchige Rente.  
Der Vorstand.

**Wunsch eines Hilfsarbeiters.**  
Unter den obigen Bedingungen wird für O e l d e u t s c h i. 2. ein Hilfsarbeiter gesucht. Bedingungen bis zu konkretem Zeitpunkt wie oben.  
Der Vorstand.

**Adressenänderungen.**  
Von G a n s s e n, G e m e i n d e n a. V. Fritz Damm, Bremen, Lohstr. 126.  
S a l g i t t e r, K. R. Neugebauer, Haberlah-Str. 188.  
Von D i e l s d o r f, Gausleiter für das linksrheinische Gebiet: Richard Dreifelder, Kreisid., Dornbirgenstr. 66.  
B e r d e n, Der Vorsitzende ist zu schreiben.  
Von S t r a s s e n, G l a t t e n, O.-A. Krenzenhald i. Bärting (Neu.), V. Str. Rosa Weggen, K. Str. Lydia Weggen.  
H i m, K. Josef Gloger, G l a t t e n - H i m, Rindstr. 22.  
S o l l m a t t e n, A l l e

**Zusammenkünfte.**  
Mitglieder-Versammlungen.  
W i s s e n, Sonnabend, 22. November, im Gewerkschaftshaus.  
B e r l i n, (Debatte, Preiser und Seidenbandpreiser.) Sonnabend, 22. November, im Verkehrslokal, A. Schulz, Stallstr. 22.  
B e r m a n, Sonnabend, 22. November, abends 8 Uhr.  
G a i n i c h e n, Sonnabend, 22. November.  
B i s s e n, Freitag, 21. November

**Redaktionschluss für die nächste Nummer** Sonnabend, den 15. November  
Verlag: Karl Schmidt in Halleberg-Str. 10. — Fernschreiben für alle leitenden Redaktionen: Karl Schmidt in Halleberg-Str. 10. — Druck: Friedrichs Buchdruckerei und Verlagsanstalt Karl Singer u. Co. in Halleberg.

Gelesene Exemplare dieses Blattes gibt man an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weiter.